

Kommt das Ende des Freihandels und seiner globalen Lieferketten?

Teure Kollateralschäden

Die Kollateralschäden des Handelskriegs zwischen China und den USA erreichen die europäischen Märkte. Es ist nicht nur die jährliche Milliardenflut der Billigpakete von Alibaba, Shein und Temu, die nicht nur dem hiesigen Textilhandel und den Spielzeugläden das Lebenslicht ausblasen. Durch die Abriegelung des US-Marktes durch Donald Trump schwappen die chinesischen Überkapazitäten in die EU: E-Autos, Solarpaneele, Windräder, Batterien, Halbleiter oder Stahlprodukte. Und solange die chinesischen Staatsbanken auf KP-Befehl die Kreditlinien offen halten, exportieren die Hersteller mit einem saturierten einheimischen Markt in ihrer Verzweiflung unter ihren Produktionskosten: Sie betreiben Dumping. Keiner der europäischen Wettbewerber, die mit den höchsten Steuern, Energie-, Arbeits-, und Bürokratiekosten der Welt plus CO₂-Schikane bestraft sind, kann da mithalten.

Die abschbare Reaktion der EU: Schutzzölle auf Importstahl und Stahlprodukte. Kommissionschefin Ursula von der Leyen deutete à la Donald Trump „25 bis 50 Prozent“ an. Das wird von elf EU-Staaten – darunter Frankreich, Italien, Österreich, Spanien und Polen – unterstützt. Dazu sollen bei öffentlichen Ausschreibungen für U-Bahnen, Brücken, Schienen und im Straßenbau nur noch in der EU produziertes „grüner“ Stahl und Zement verwendet werden. Dazu kommen ab 2030 für Großfirmen und Autovermieter die obligatorischen „sauberen Unternehmensflotten“ mit E-Autos „made in EU“. Andere EU-Pläne schwadronieren von EU-Halbleiter- und KI-Quoten.

Der Rückfall in den Protektionismus hat vier Nebenwirkungen: Er erhöht Bürokratiekosten und Preise für die Unternehmen. Er kommt für die Rückführung der Wertschöpfungsketten

nach Europa zu spät. Er befreit die Firmen nicht von ihren Green-Deal-Lasten und steigenden CO₂-Abgaben. Schließlich wird der Plan nicht nur China und die USA erzürnen. Aktuell verlangen die USA die Zulassung ihrer Monster-Pickups im EU-Straßenverkehr, das Ende von Digitalsteuern und der Internetsensur (DSA, DMA). Für Pharmaimporte hat Trump ab Oktober Importzölle von 100 Prozent angekündigt. Das trifft vor allem Indien.

Für EU-Hersteller gelten 15 Prozent, doch die erwirtschaften bis zu 60 Prozent ihres Umsatzes auf dem lukrativen US-Pharmamarkt. Nur wer dort produziert, kann auf Ausnahmen hoffen, so wie Roche und Novartis. Dazu kündigte Trump neue Zölle auf Holz und Möbel (15 bis 50 Prozent) sowie schwere Lkw (25 Prozent) an. Seine Zölle auf EU-Stahl- und Aluminiumprodukte (50 Prozent) bestehen ohnehin weiter. Nach der Kapitulation von Schottland, als die Kommissionschefin ohne Konzessionen und Verhandlungen 15 Prozent US-Importzölle bei einem abgewerteten Dollar akzeptierte, braucht Trump EU-Gegenmaßnahmen nicht mehr zu fürchten. Der Washingtoner Top-Dealmaker wird die erkannten Schwächen seines Gegenübers für „Schutzgeld“ stets erneut ausnützen.

Ein Lichtblick sind die Freihandelsverhandlungen mit Indonesien, die nach neun Jahren Dauer angeblich vor dem Abschluss stehen. Die EU würde Pkws, Maschinen, Chemieprodukte und Lebensmittel in die Inselwelt mit 285 Millionen Einwohnern zollfrei liefern, die Indonesier umgekehrt Rohstoffe wie Nickel, Kupfer, Bauxit, Zinn, Kaffee und Textilien. Doch ihr Palmöl hat es in sich – der Deal könnte doch noch an der EU-Entwaldungsrichtlinie zerschellen. Denn nichts darf aus Plantagen kommen, die nach 2020 gerodet wurden.



von
Albrecht Rothacher

„Die erkannten Schwächen seines Gegenübers für mehr Schutzgeld stets erneut ausnützen.“

Stellenabbau beschlossen, doch Lufthansa-Piloten stimmen für Streik

Ein belasteter Standort

Von **Jörg Fischer**

Vorige Woche drohte der Lufthansa-Manager Jens Ritter mit dem Ende der Flüge von Bremen, Dresden, Köln, Leipzig, Münster, Nürnberg und Stuttgart zu den Drehkreuzen Frankfurt und München. Auf dem Kapitalmarkt kündigte Konzernchef Carsten Spohr die Streichung von 4.000 Stellen bis 2030 an – schließlich brachten 18,4 Milliarden Euro Umsatz im ersten Halbjahr nur 127 Millionen Euro Konzernergebnis. Trotzdem stimmten die Lufthansa-Piloten: die in der Gewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) organisiert sind, nun für einen Streik. Denn Ritter weigert sich, die Defizite der am Kapitalmarkt organisierten betrieblichen Altersvorsorge durch Konzerngelder aufzustocken. Wie paßt das zusammen?

Ohne Piloten fliegt gar nichts – ihre Ausbildung ist teuer und dauert lange. Sie sind auf spezielle Flugzeugtypen geschult und nicht einfach ersetzbar. Konkurrierende Airlines – etwa die niederländische KLM – nehmen sie mit Kaufhand. Deswegen können sich Piloten – ähnlich wie Lokführer – mehr „herausnehmen“ als die vom Stellenabbau bedrohten Lufthansa-Angestellten in der Verwaltung oder dem Service. Diese sind durch Umstrukturie-

rung, externe Dienstleister und Künstliche Intelligenz (KI) teilweise ersetzbar. Daß während der Herbst- oder Weihnachtsferien Flugausfälle wie im Frühjahr 2024 drohen, ist daher wahrscheinlich. Damals streikte die Flugbegleitergewerkschaft Ufo.

Doch die Hauptursache für die mageren Lufthansa-Gewinne sind nicht überbezahlte Piloten und Stewardessen oder schwindende Flugnachfrage, die weltweit spürbar steigt. Nein, es sind die schlechten Standortbedingungen für den Luftverkehr in Deutschland. Dazu zählen absurde Nachtflugverbote, hohe Flughafengebühren und Klimaschikane wie CO₂-Abgaben und die Beimischung „nachhaltiger Kraftstoffe“ (SAF). Besonders belastend ist die Luftverkehrssteuer, die 2011 von Union und FDP eingeführt und unter der Ampel spürbar erhöht wurde: Je nach Flugstrecke werden seit April 2024 zwischen 15,53 und 70,83 Euro pro Ticket fällig. Das freut nun Friedrich Merz und Lars Klingbeil, die so zwei Milliarden Euro in ihren defizitären 503-Milliarden-Haushalt gespült bekommen. Aber vielleicht soll nach Autoindustrie und dem Bahnverkehr nun auch der nächste Verkehrsträger ruiniert werden.

Brüsseler Innovationslenkung

EU-Politik: Der mehrjährige Finanzrahmen 2028 bis 2034 bringt Eurobonds light / Neue Steuern und Abgaben geplant

DIRK MEYER

Die Verabschiedung des Haushalts gilt als Königsrecht eines Parlaments und ist Ausdruck seiner Souveränität – ein in Zahlen gegossenes politisches Zukunftsprgramm. Für die EU als supranationales Gebilde ist es komplexer. Zum einen gibt es einen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), in dem die Programme und Ausgaben für jeweils sieben Jahre festgelegt werden. Zum anderen werden in einer Eigenmittelverordnung die nötigen Einnahmen bestimmt – derzeit die am Bruttonationaleinkommen (BNE) bemessenen Beiträge der EU-Staaten auf der Grundlage ihrer Wirtschaftskraft (65 Prozent), Zölle (14), 0,3 Prozentpunkte des Mehrwertsteueraufkommens (16) und eine Kunststoffabgabe (5). Zwar muß das EU-Parlament (EP) dem MFR zustimmen, doch die entscheidende Kompetenz liegt bei den 27 Mitgliedstaaten, die im Rat der EU den Haushalt einstimmig beschließen müssen – sie sind die „Herren der Verträge“ (Art.312 AEUV).

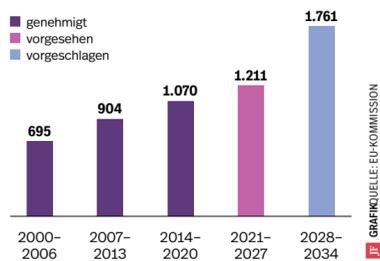
Derzeit wird der MFR 2028–34 im Umfang von 1,76 Billionen Euro beraten. Das sind 1,26 Prozent der Wirtschaftskraft der EU und ein Anstieg gegenüber dem MFR 2021–27 von 20 Prozent. Da mit Preisen von 2025 gerechnet wird, könnten es inflationsbedingt bis 2034 fast zwei Billionen werden. Doch ist dieses Volumen – auch unter den geopolitischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten – gerechtfertigt? Im Gegensatz zum vorliegenden MFR-Entwurf beschränkt sich der Draghi-Report von 2024 auf öffentliche europäische Güter. Also solche Bereiche, die weder privat rentabel bewirtschaftet werden können, noch durch die Mitgliedstaaten in hinreichendem Umfang geleistet werden.

500 Milliarden von 1,8 Billionen Euro ließen sich einsparen

Hierzu würden militärische Fähigkeiten zählen, aber die Verteidigung zählt nach EU-Vertrag (noch) zu den nationalen Angelegenheiten. Es bleiben vornehmlich grenzüberschreitende Aktivitäten in den Bereichen Verkehr, Energieverbund, Forschung und Autarkie/Lieferketten. Unter dieser eingrenzenden Vorgabe ließen sich etwa 500 Milliarden Euro einsparen. Das wäre mehr als die zusätzlich zur Dekkung angedachten neuen Finanzquellen von 420 Milliarden Euro. So sind eine Pauschalsteuer für Konzerne, eine Tabaksteuer, 30 Prozent der Erlöse des Emissionshandels (EU-EHS) und 75 Prozent vom CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) geplant.

Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2000 bis 2034

Tatsächliche, geplante und vorgeschlagene Ausgaben in Milliarden Euro



Kommissionschefin Ursula von der Leyen: Die Dekarbonisierung „marktgängig“ machen

Daneben will sich die EU-Kommission neue Kreditmittel im Umfang von über 600 Milliarden Euro – entsprechend 34 Prozent des MFR – quasi auf Vorrat genehmigen lassen, um im Eventualfall schnell reagieren zu können. Ein neues Krisenreaktionsinstrument (350 Milliarden Euro), basierend auf der Notstandshilfe (Art. 122 AEUV), wird ohne konkreten Anlaß „vorgedacht“. So wird es zukünftig leichter, Kredithilfen an prekäre EU-Länder zu vergeben. Mit dem Catalyst-Europe-Kreditfonds (150 Milliarden Euro) sollen Mitgliedstaaten Kreditunterstützung erhalten, um „mehr in die Ziele der EU zu investieren“. Schließlich soll eine neue Ukraine-Fazilität (90 Milliarden) errichtet werden, mit der „die unerschütterliche Unterstützung“ untermauert werde – aktuell ohne daß die EU realistische Kriegs- oder gar Friedensziele aufzeigt. Es handelt sich um „Back-to-back“-Kredite, die die EU aufnimmt und an die Staaten weiterreicht.

Allerdings trägt die EU das Ausfallrisiko, sollten kreditnehmende Mitgliedstaaten zahlungsunfähig werden. Garantiegeber sind die Staaten. Hinzu kommt eine Umverteilung von Zinslasten. Indem der Zinssatz eines EU-Kredites in etwa den anteiligen Zinssätzen aller 27 Staaten entspricht, erhalten hochverschuldete Staaten de facto eine Zinssubvention, während solvente Staaten diese Kredite nicht nutzen werden. Die Sicherheitsprämie der Länder mit dem höchsten AAA-Rating würde zudem reduziert und deren Kreditnahme sich zukünftig verteuern – es beträfe Deutschland, die Niederlande und Luxemburg. Insofern kann von „Eurobonds light“ gesprochen werden, die die marktliche Lenkungsfunction des Zinses beeinträchtigen.

Kernstück der Ausgabenseite des MFR 2028–2034 sind die nationalen und regionalen Partnerschaftspläne, die 44 Prozent der Mittel beanspruchen. Markant ist das einhergehende Demokratiedefizit. Obwohl Bestandteil des vom Rat einstimmig zu beschließenden MFR, werden die Partnerschaftspläne erst im nachhinein von den einzelnen Nationalstaaten mit der EU-Kommission ausgehandelt – was Macht und Einfluß der Kommission erheblich stärkt. Danach „billigt der Rat im Wege eines Durchführungsbeschlusses“ die Partnerschaftspläne lediglich mit qualifizierter Mehrheit (Art. 20 Verordnung (EU) 2021/241) – quasi eine Umgehung der MFR-Einstimmigkeitserfordernis.

Das EP hat lediglich das Recht auf Information und Beratung. Abseits des deutschen Planes ist der

Bundestag vom Bewilligungsverfahren der Pläne anderer Mitgliedstaaten ausgeschlossen, obgleich Deutschland erhebliche finanzielle Netto-Zuführungen leisten wird. Nach nicht offiziellen und vorläufigen Berechnungen könnte der deutsche Nettobeitrag zum Haushalt der EU auf jährlich etwa 50 Milliarden Euro gegenüber aktuell etwa 15,9 Milliarden Euro ansteigen.

„Fehler“, Betrug und Korruption werden so erst möglich gemacht

Betont wird die Flexibilität der Partnerschaftspläne. Jedoch stehen ihr eine mangelnde Mittelbindung und -kontrolle gegenüber, die das Machtverhältnis zugunsten der Mittel empfangenden Mitgliedstaaten in der Durchführung kippen läßt. Der Präsident des EU-Rechnungshofes, Tom Murphy, bemängelte das „Design“ dieser Pläne, die bereits Grundlage des Corona-Wiederaufbaufonds (NGEU) waren. So seien die Etappenziele und Zielwerte nur vage definiert und ließen sich deshalb schlecht kontrollieren. Die Auszahlungen ließen keine klare Zuordnung zu den einzelnen Zwischenzielen zu. Dabei werde die Mittelverwendung weitgehend den Mitgliedstaaten übertragen. So kann die EU-Kommission mangels Informationen und Sachkompetenz vornehmlich nur darauf achten, daß die Ausgaben getätigt wurden, nicht hingegen, ob sie ordnungsmäßig verwendet wurden. „Fehler“, Betrug und Korruption werden so möglich.

Der Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF) umfaßt vornehmlich forschungsorientierte Förderungen und ist mit 23 Prozent der MFR-Mittel ein zweiter wichtiger Bereich. Hier käme jedoch als europäisches öffentliches Gut lediglich die Grundlagenforschung in Frage. Demgegenüber ist die angewandte, marktnahe Forschung gewinnorientiert und sollte von privater Hand übernommen werden. Indem die Energiewende, Dekarbonisierung oder Biotechnologie mit Fördermitteln „marktgängig“ gemacht werden, droht eine staatliche Innovationslenkung, die gemeinhin zur marktwidrigen Investitionslenkung wird.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.
► eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52025PC0571

Vom 24. bis 25. Oktober 2025 hast Du die Möglichkeit, Dich beim **Jungautorenseminar der JF** in Berlin fundiert weiterzubilden.

Voraussetzungen: Du bist Schüler oder Student und mindestens 16 Jahre alt.

Achtung: Platz für maximal 12 Teilnehmer

Im Seminar erlebst Du als Referent Chefredakteur Dieter Stein, Medientrainer Frank Hauke, JF-Online-Chef Henning Hoffgaard und Social-Media-Leiter Vadim Derksen

Du triffst Gleichgesinnte aus ganz Deutschland

Du lernst das Handwerk eines modernen Journalisten kennen

Information und Anmeldung:

E-Mail: jungautoren@jungefreiheit.de
Telefon: 030/86 49 53 - 60

► jf.de/jungautorenseminar

Jungautoren Seminar **JF**

Schnell bis zum 20. Oktober anmelden!

QR-Code zur Anmeldung